
FORUM: Deutschland nach Solingen

Iring Fetscher: Wohin geht die Fahrt? Thesen zur Lage „nach Solingen“

Prof. Dr. Iring Fetscher, geb. 1922 in Marbach/Neckar, ist em. Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M.

1. Die „alte“ Bundesrepublik mit ihrer relativ gefestigten sozialen und föderalen demokratischen politischen Kultur ist dahingegangen. Das „vereinigte Deutschland“ hat eine überzeugende und gefestigte Gestalt noch nicht gewonnen. Das gilt sowohl für die Innenpolitik, die Sozial- und Wirtschaftspolitik als auch für die Außenpolitik. Mehr noch als die „neue Unübersichtlichkeit“ (Jürgen Habermas) hat sich eine *neue Unsicherheit* ausgebreitet. Alte Gewißheiten, die vielleicht auch nur liebgewordene Illusionen waren, sind verlorengegangen, die „Suche nach Neuem“ hat noch gar nicht recht begonnen.

2. In den neuen Bundesländern überwiegt bei den „Vereinigungsverlierern“ (und das ist die Mehrheit) die Enttäuschung. Die großzügigen Versprechungen der Bundesregierung und ihrer führenden Parteien aus dem Jahre 1990 haben sich nicht erfüllt. Die Entindustrialisierung war - trotz erheblicher Transferzahlungen von West nach Ost - offenbar nicht aufzuhalten. Von einer bereits gelungenen Anpassung des Lebensniveaus kann keine Rede sein. Die Prognosen für deren Eintreten müssen immer wieder korrigiert werden. Für die psychische Lage der Menschen, vor allem auch für die in der DDR durch relativ hohe Löhne und zuverlässige Absicherung ihres Arbeitsplatzes einigermaßen privilegierten Facharbeiter sowie für die in Ausbildung stehende Jugend ist Massenarbeitslosigkeit und Unklarheit der Lebensperspektiven zu einer neuen, ungekannten Erfahrung geworden. Das Selbstwertgefühl leidet auch dann, wenn durch soziale Maßnahmen wie Kurzarbeit (bis auf 0 Stunden), Arbeitslosengeld, Umschulungsangebote usw. die ökonomische Lage sich

nicht einmal wesentlich verschlechtert hat. Das Gefühl, von „Hufe“ abhängig zu sein, und die Ungewißheit, ob und wo man einmal einen Arbeitsplatz finden wird, ist für Menschen, die beides - jedenfalls in dieser Form - nicht kannten, nur schwer zu ertragen.

3. Die Befreiung von Bevormundung, Gängelung und Reglementierung, die in erster Linie gerade die Intellektuellen begeistern müßte, wird durch „Abwicklung“ und „Evaluierung“ in ihrem Wert gemindert. Soweit sie mit einer relativen Verschlechterung der sozialen und ökonomischen Lage (raschere Erhöhung von Preisen und Mieten als von Löhnen und Renten) verbunden ist, wird sie oft sogar vergessen. Die Freude über freie Reisemöglichkeiten in allen Richtungen findet an den Kosten eine neue und unvermeidliche Schranke. Trotzdem dürfte das „Befreiungsbewußtsein“ in erster Linie in der Reisefreiheit seine reale Grundlage gefunden haben.

Eine andere Seite der Aufhebung jener totalen Bevormundung und Gängelung durch den Staat und seine „führende Partei“ sowie deren Organisationen ist das Zurückgeworfensein auf die individuelle Entscheidung und Lebensplanung - noch dazu in einer veränderten Umwelt. Insbesondere die Jugend, die durch (relativ autoritäre) Schulen, Jugendverbände usw. fest „an die Hand genommen wurde“, fühlt sich zum Teil mehr „im Stich gelassen“ als wirklich „befreit“. Vielleicht erklärt das auch die erstaunliche Beliebtheit der „Jugendweihe“, die doch ein eindeutiges Instrument der anti-kirchlichen staatlichen Jugendpolitik war.

4. Kein Zweifel: Die autoritäre Erziehung durch staatliche und parteiliche Institutionen hat schon zu DDR-Zeiten erhebliche (damals aber weithin unterdrückte) Widerstände erzeugt. Die befohlene „Völkerfreundschaft“ und der „offizielle Internationalismus“ wurden nicht überzeugend erlebt, sondern als „verordnete Ideologie“ bloß passiv ertragen und insgeheim abgelehnt. Daß es schon vor der Vereinigung rebellische Jugendliche gab, wurde von der veröffentlichten Meinung in der DDR verschwiegen. Jetzt, nach Wegfall der äußeren Repression, können sich die angestauten Widerstände und Ressentiments frei entfalten. Die Wut, die einst dem unterdrückenden Staat galt und jetzt den oft arrogant erscheinenden „Wessis“ gilt, wird nicht nur in Hoyerswerda und Rostock an den „Schwächsten“, an Ausländern, Behinderten oder sonstigen Außenseitern ausgelassen.

Das durch die Lage gekränkte Selbstwertgefühl sucht mittels provokativer Betonung der nationalen Identität und physischer Stärke nach Kompensation. Jugendgruppen verschaffen ihren Mitgliedern durch gemeinsame gewalttätige Aktionen und zum Teil auch durch entsprechende „Lösungen“ ein Gefühl der Höherwertigkeit: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, das steht als Ersatz für ein auf andere Weise nicht mehr zu gewinnendes Selbstbewußtsein. Daß durch feige Gewalttaten an Schwachen im Gegenteil gerade Schande auf Deutschland gezogen wird, dürften jene jugendlichen Gruppen dabei übersehen.

5. Was in bezug auf Jugendliche in den neuen Bundesländern durch ihre veränderte Lage und die Aufhebung einer Repression, die Widerstände und Ressentiments nur an ihrem massenhaften Ausdruck behindert hat, verständlich gemacht werden kann, ist in bezug auf Jugendliche im Westen Deutschlands nicht in gleicher Weise erklärbar. Zwar spielen auch hier Arbeitslosigkeit, Verunsicherung durch die verdunkelten Zukunftsaussichten und - im individuellen Fall - oft auch ein schwieriges unmittelbares familiäres Umfeld eine Rolle, aber im ganzen ist die äußere Lage doch weit weniger stark verändert als im Osten.

Generationskonflikte gibt es in modernen Gesellschaften seit jeher. Beispiele für deren organisatorischen und kulturellen Ausdruck finden sich seit Beginn dieses Jahrhunderts (dem „Jahrhundert des Kindes“, wie es eine amerikanische Autorin genannt hat) immer wieder. Die Jugendbewegung der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts, die sich durch Naturverbundenheit, Alkoholgegnerschaft, Ablehnung steifer Konventionen usw. von ihren Eltern zu unterscheiden suchte, war politisch zunächst unspezifisch. Sie konnte sowohl in „linken“ als auch in „rechten“ Versionen auftreten. Ähnliche Erscheinungen hat es in Deutschland und andernorts auch nach 1945 bzw. 1949 gegeben. Kulturen, die von raschem technischen und ökonomischen Wandel geprägt sind, die in der Werbung und in ihren kulturellen Äußerungen „Jugendlichkeit“ hervorkehren, müssen wohl notwendig zu solchen verschärften Generationskonflikten führen. Die Entscheidung darüber, in welche „Richtung“ sich dieser Aufstand der Jugendlichen bewegt, hängt von der allgemeinen politischen Umwelt ab. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die bereits zuvor an Boden gewinnende konservative und extreme „Rechte“ dürfte den Anstoß für die jetzt mehrheitlich „rechte“ bzw. „reaktionäre“ Tendenz jugendlicher Aktivisten gegeben haben. Zwar reagierte die große Öffentlichkeit auf die Vereinigung erstaunlich und beruhigend gelassen. Die Freude über die Überwindung der deutschen Teilung wurde mit der Freude über die Befreiung der übrigen unter sowjetischer Bevormundung stehenden Länder verknüpft. Zumindest gegenüber Ungarn und Tschechen wie Slowaken überwog in der Bevölkerung wie in der veröffentlichten Meinung eher sympathisches Mitempfinden. Das Gleiche ließ sich freilich für Polen — schon wegen der noch immer anhaltenden laut artikulierten Forderungen der Schlesierverbände — nicht sagen. Auch in den neuen Bundesländern war - seit 1980 angesichts der Solidarnosc-Bewegung - sogar von offizieller Seite die alte Polenfeindschaft eher gefördert als kritisiert worden.

Symbolische Handlungen der - in der Öffentlichkeit nach wie vor gegen Rechtsextremismus und Neonazismus eingestellten - politischen Führung wie die Begegnung von Helmut Kohl und Ronald Reagan an den SS-Gräbern in Bitburg, Reden von führenden CSU-Politikern auf Schlesiertreffen, die unter dem Motto „Schlesien bleibt unser“ standen, und das bewußte Fernbleiben des Bundeskanzlers von Orten rechtsextremer Gewalt und von Trauerfeier-

lichkeiten für deren Opfer bilden ein - zumindest nicht hinderndes - Milieu dafür, daß rechtsextrem zu deutende Aktionen frustrierter Jugendlicher an deutschen Stammtischen eine positive Resonanz finden.

6. Was kann getan werden? Entschieden demokratische Parteien müßten dafür eintreten, daß auch jene leisen (aber den Gesinnungsfreunden sehr wohl verständlichen) symbolischen Akte der „Zustimmung“ sowie der Verharmlosung rechtsextremer Haltungen und Handlungen unterbleiben und dort, wo sie auftauchen, entsprechend energisch zurückgewiesen werden. Vielleicht hilft der historisch fundierte Hinweis darauf, daß es demokratischen Parteien nie gelingen wird, durch Entgegenkommen und Anpassung rechtsextremen Parteien das Wasser abzugraben, d. h. ihnen Wähler abzunehmen. Im Gegenteil wirken derartige Verhaltensweisen demokratischer Politiker eher ermutigend auf Rechtsextreme und ihre Sympathisanten. Ausschlaggebend wird es aber vor allem sein, daß der jungen Generation sozial und beruflich erkennbar positive Perspektiven geboten werden, d. h. Jugendarbeitslosigkeit und unzulängliche Ausbildung sind - mit allen verfügbaren Mitteln - zu überwinden. Namentlich auch für Jugendliche in den neuen Bundesländern dürfte darüber hinaus die entschiedene Förderung von Jugendorganisationen wie Sportvereinen, Jugendklubs und dergleichen notwendig sein. Der Kahlschlag, der auf diesem Gebiet durch die „Wende“ erfolgte, hat verhängnisvoll gewirkt. Die Finanzmittel, die für Jugendhäuser usw. ausgegeben werden, stehen in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der auf diese Weise (voraussichtlich) verhindert werden kann.

Maßnahmen, die der Integration der bei uns lebenden und arbeitenden Ausländer dienen, sind auf alle Fälle zu unterstützen, auch wenn sie natürlich nicht von heute auf morgen Ausländerfeindlichkeit verhindern werden. Mit der Einbürgerung und (wenn gewünscht und/oder nötig, weil der Herkunftsstaat die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft verweigert) Zulassung von Doppelstaatsangehörigkeit würden wir den - angesichts der schrumpfenden einheimischen Bevölkerung für unsere Wirtschaft unentbehrlichen - Ausländern zeigen, daß sie als Staatsbürger mit gleichen Rechten anerkannt sind. Zugleich würde eine massenhafte Einbürgerung und die damit gegebene Möglichkeit, Ausländer auch in Ämtern (z. B. auch in der Polizei) zu beschäftigen, das politische Klima allmählich verändern. Sie würde die Parteien dazu zwingen, die Interessen dieses erheblichen Bevölkerungsanteils zu respektieren.

Unabhängig von der Einbürgerung sollte jede Form der Integration von Ausländern in Vereinen usw., die zu einer Verbesserung des gegenseitigen Kennenlernens wie des Abbaus von Vorurteilen dienen, gefördert werden.

7. Der von großen Teilen der unaufgeklärten Öffentlichkeit und konservativen Politikern empfohlene Weg, durch *verschärfte Strafordrohung* und Herabsetzung der Strafmündigkeit Jugendkriminalität im allgemeinen und politische Gewalttaten im besonderen zu bekämpfen, ist nachweislich kontra-

produktiv. Den Jugendlichen ist zwar eindeutig der verbrecherische Charakter ihrer Handlungen und der Widersinn ihrer ideologischen Auffassungen (soweit sie überhaupt artikulierbar sind) klar zu machen, aber wenn irgendwo, so ist hier - unter Jugendlichen und Heranwachsenden - am Primat von Erziehungsmaßnahmen festzuhalten. Lebenslängliche Haftstrafen wären eine Bankrotterklärung des Resozialisierungsprinzips - obendrein bei einer Bevölkerungsgruppe, die noch ein langes Leben vor sich hat. Wichtiger als die nachträgliche Resozialisierung von straffällig gewordenen Jugendlichen ist freilich die durch entsprechende Vorkehrungen verbesserte Sozialisierung, zu der - angesichts des Versagens privater Erziehungsberechtigter - auch der Staat verpflichtet ist. Alleinerziehende, denen nicht geholfen wird, und Eltern, die ihren Kindern das Schicksal der langfristigen Arbeitslosigkeit „vorleben“, können der Aufgabe der Erziehung zu selbstbewußten, ichstarken und charaktervollen Persönlichkeiten kaum gerecht werden. Ihnen darf daher auch nicht die Hauptlast aufgebürdet und Schuld zugeschoben werden.